

Ob gegen Großprojekte der Bahn, gegen Atomkraft, gegen Fluglärm oder unzählige lokale Konflikte: Viele Menschen sind unzufrieden mit politischen Entscheidungen. Und viel mehr als früher machen sie ihrem Unmut Luft. Für einen großen Teil gilt: Sie sind gut informiert, sie sind engagiert und sie wollen mehr mitentscheiden als alle vier oder fünf Jahre zur Wahl zu gehen. Die Politik hat viel zu lange versäumt, dieses Bedürfnis aufzunehmen. Dabei gibt es für die allermeisten, die sich Verbesserungen wünschen, keine Alternative zur parlamentarischen Demokratie. Die direkte Demokratie ist eine Ergänzung - und sie wird in den Bundesländern und Kommunen teils rege angenommen, nicht ohne verbesserungswürdig zu sein. Für Bündnis 90/ Die Grünen ergeben sich in dieser Situation vier Herausforderungen, die schon immer unsere Kernanliegen waren. Die erste heißt fairplay und Meinungsstreit auf Augenhöhe, die zweite Transparenz, die dritte Aufklärung für ein nachhaltiges und ökologisch gerechtes Leben und die vierte heißt Verteidigung von unveräußerlichen Grund- und Menschenrechten auch gegen eine Mehrheit.

Demokratie ist nicht nur, wenn man selbst gewinnt

Viel zu oft sieht sich die Regierung als Gegner eines Entscheids statt offen in eine Auseinandersetzung zu gehen. Auch in den Verfahrensregeln schlägt sich zu oft Misstrauen nieder als ein „fairplay“ zwischen Parlament und Bevölkerung. Der Streit muss um die besten Ideen und Inhalte gehen. Denkartelabstimmungen helfen keinem. Hier kommt es vor allem auf die Haltung an, die eine Regierung oder eine Parlamentsmehrheit annimmt. Vor allem die alten Volksparteien werden von protestierenden BürgerInnen teilweise zu recht als arrogant empfunden. Eine neue Kultur des Regierens muss sowohl auf Augenhöhe um die „richtige“ Meinung streiten als auch Niederlagen einstecken können. Wer jetzt denkt – wir GRÜNE, die gerne vorausdenken, haben ja ganz häufig keine gesellschaftliche Mehrheit, darf nicht verzagen. Erstens sind es wenige Projekte und Entscheidungen, die von der gesamten Bevölkerung abgestimmt zu werden. Zweitens nützt das viele Vordenken wenig, wenn es nicht eine Mehrheit überzeugen kann. Und drittens kann in den Parlamenten – freilich wohl überlegt – jede Entscheidung der Bevölkerung aufgehoben werden – oder am Ende gegebenenfalls vor den Verfassungsgerichten zu Fall gebracht werden.

## Ohne Information keine Entscheidung

Es ist so banal: Wer das Gefühl hat, dass Informationen nicht preis gegeben werden, dass keine Diskussion ermöglicht wird, dass Entscheidungen durchgezogen werden, die wird allein deshalb „Nein“ sagen. Dabei gibt es in der Bundesrepublik zahlreiche Verfahrensvorschriften, die eine rechtzeitige Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger vorsehen, von Bau- und Planfeststellungsverfahren bis hin zum allgemeinen Akteneinsichtsrecht. Nur gibt es keinen Automatismus, dass beim Auslegen von Plänen oder der abstrakten Möglichkeit Verwaltungsunterlagen einzusehen, das Gefühl entsteht, die Bürgerin werde beteiligt. Und deshalb liegt hier die zweite zentrale Herausforderung für uns GRÜNE. Zumindest bei Großprojekten muss aus der Holschuld der Bürgerinnen und Bürger eine Bringschuld des Staates werden. Das bedeutet mehr Information, mehr vorausschauende Planung, mehr aufsuchende Politik. Es darf nicht mehr heißen: „Hoffentlich beteiligen sich die Bürgerinnen und Bürger nicht, da es sonst zu Verzögerungen kommt.“ sondern: „Beteiligt Euch! Damit am Ende auch GegnerInnen von Projekten überzeugt werden, weil Sie darüber Bescheid wussten und mitreden konnten.“ Sonst bleibt es beim alten Problem: Zwar liegen die Pläne aus, aber wirkliche Betroffenheit wird erst ausgelöst, wenn die Bagger anrollen, Flugrouten willkürlich geändert werden oder eine häßliche Halle gebaut wird. Mehr Transparenz kann auch bewirken, dass Politik und Gesellschaft vorausschauender Großprojekte plant und kommuniziert – zumindest darf man berechtigterweise darauf hoffen. Konkret heißt das vor allem für das Informationsfreiheitsrecht: Weg von der Akteneinsicht, hin zur Veröffentlichung – das Internet bietet hierfür einfache und naheliegende neue Möglichkeiten.

## Von n.i.m.b.y zu heal the world - von St. Florian zu Jesus

Manche Kritik verspottet die aktuellen Proteste als rückständig oder Ausdruck einer egoistischen, kleinbürgerlichen Protestkultur eben frei nach St.-Florian oder eben n.i.m.b.y: „Billig fliegen ist geil, aber bitte nicht über meiner Bude.“ Diesem Kurzschluss sollten wir nicht aufsitzen, sondern es als dritte und wichtigste Chance begreifen. Es gilt ohne erhobenen Zeigefinger zu vermitteln, dass eine nachhaltig lebende Gesellschaft ein Gewinn für alle ist. Ähnlich wie bei Gorleben, das anfangs auch ein lokaler Konflikt war, sind bei den meißten Fragen und Protesten gegen Großprojekte drängende und unaufschiebbare Fragen der Lebensqualität, sauberer Luft, Erholung, Umwelt- und Gesundheitsschutz betroffen. Und zwar nicht nur im Jetzt, sondern auch im Übermorgen.

So ist es gut für das Gemeinwohl, wenn die Betroffenen – die es nicht schon vorher getan haben – über die Zusammenhänge nachdenken. Warum wird so viel Geld in ein Großbahnhof verbaut, statt ländliche Regionen an den Bahnverkehr anzuschließen, statt Geld für eine wirklich nachhaltige Verkehrspolitik auszugeben. Warum gibt es nicht genug Geld für Kinderbetreuung, Bildung und Weiterbildung? Warum fliegen immer mehr Menschen, leider auch immer kürzere Distanzen und was kann man dagegen tun? Vielfach hat dieser Prozess des Weiterdenkens begonnen, sodass Grüne in diesen Fragen die „natürlichen Verbündeten“ von Bürgerinitiativen sind, selbst wenn wir vor Ort nicht immer so ganz präsent sein können. Und ganz ehrlich: Wie viele von uns haben auch angefangen aus eigener Betroffenheit Politik zu machen und sich zu engagieren? Selbst bei populistischen Anliegen, die uns GRÜNE gar nicht schmecken, etwa in Fragen der vermeintlichen Inneren Sicherheit kann eine Chance in der verstärkten öffentlichen Diskussion liegen. Denn so kommen an den Stammtischen wenig berücksichtigte Fakten auf den Tisch mit denen sich die Betroffenen auseinandersetzen müssen.

Nichts ist für die Ewigkeit – außer der Rechtsstaat!

Keine Demokratie – weder direkt noch repräsentativ – funktioniert ohne Rechtsstaatlichkeit und Menschenwürde. Minderheiten von heute können die Mehrheiten von morgen sein – und umgekehrt – sind bestimmte, grundlegende Rechte unveräußerlich. Grund- und Menschenrechte sind der direkten Demokratie entzogen und werden es auch bleiben. Daher ist es zwingend, dass einzelne Fraktionen einen Rechtsbehelf gegen Volksentscheide haben, wenn dieser auf Bundesebene eingeführt wird. Das heißt aber auch, dass bestimmte Grundrechte, die unserer Meinung zu stark bestehen oder veraltet interpretiert werden - etwa das Erziehungsrecht der biologischen Eltern oder der Schutz der Ehe, nur über eine breite parlamentarische Mehrheit geändert werden können ohne deren wesentlichen Bestand zu berühren. Genauso schwierig wird es neue Grundrechte einzuführen – wie Datenschutz – oder bestehende zu erweitern, wie das Recht auf Asyl.

Neue Wege in der Parlamentarischen Demokratie – die Zeiten der Volkspartei sind vorbei.

Das Aufkommen von Protestwellen in der Bevölkerung steht ein fast dramatischer Vertrauensverlust der repräsentativen Parteiendemokratie gegenüber.

Günstlingswirtschaft, Klientelpolitik und eine immer wieder verspürte Arroganz der Macht. Gerade wir als Partei stehen vor der Frage: Wie ist der Parlamentarismus zu retten?

Eine Reihe von alten Forderungen aus der Anti-Korruptions und Mehr Demokratie Szene ist wieder höchst aktuell. Und natürlich gibt es einen Großteil der Bevölkerung, der sich nicht engagieren, sondern der „gut“ regiert werden will. Deshalb müssen Fragen und Lösungen weiterhin in aufgeworfen werden, die zur politischen Landschaftspflege beitragen und zwar nicht nur wenn es mal wieder einen Skandal gibt: Ist eine Regierung denn gleich instabil, wenn Sie wechselnde Mehrheiten, vielleicht sogar aus einzelnen Abgeordneten, benötigt? Wie viel Wert hat die Gewissensfreiheit des einzelnen Abgeordneten – nicht nur bei ethischen Fragen? Wie schädlich sind die nahezu unbeschränkten Möglichkeiten, nach einer politischen Karriere in Führungspositionen in der Wirtschaft zu wechseln? Ist der öffentliche Auftrag von Parteien überhaupt noch abgedeckt, wenn Millionen von privaten Unternehmen fließen? Ist das Wahlrecht, das ca. ein Fünftel der tatsächlichen Bevölkerung und noch viel mehr abgegebene Stimmen nicht berücksichtigt, noch zeitgemäß? Wie können die Interessen zukünftiger Generationen und nicht gehörter Minderheiten in die heutige Politik festverankert werden?

Das war das Pflichtprogramm. Die Kür aber wird sein, Demokratie und Mitbestimmung in allen Lebenslagen zu entfachen und sie immer wieder von den Mächtigen einzufordern: Am Arbeitsplatz oder in der Wirtschaft, in der Schule und Hochschule, in der Kommune, im Krankenhaus oder im Supermarkt und gerade auch in internationalen Zusammenhängen. Heute darf ein Angestellter nicht mal einsehen, ob sich der Vorstand Weihnachtsgelöner gibt, die den Angestellten verwehrt bleiben; ein Kunde darf nicht darauf aufmerksam gemacht werden, welche Nährstoffe in seinem Essen sind. Das deutet nur an, wie schwierig es sein wird, den internationalen Finanzmarkt zu regulieren, denn in einer Demokratie wird es wohl auch immer Möglichkeiten des Missbrauchs, der Umgehung, des Tricksens und des Täuschens geben. Desto wichtiger ist es, dass ALLE, die ein Interesse an einem funktionierenden Gemeinwohl haben, in diesen zentralen Fragen zusammenhalten.

Schaut man derweil aus anderen Ländern auf Deutschland, wird sich gefragt, was haben die denn für Probleme? Wird durch mehr Beteiligung nicht vieles verzögert, Wohlstand und eine wirtschaftliche Dynamik gehemmt – während in Deutschland über eine Startbahn diskutiert wird, werden in China zig Flughäfen gebaut und abgerissen, egal was die Bevölkerung denkt, noch schlimmer bei der Atomkraft. Aber: Andersrum wird ein Schuh draus. In Zeiten sinkenden Wohlstands, prekärer Beschäftigungsverhältnisse für ganze (junge) Generationen, wird noch mehr Akzeptanz in unserer jungen Demokratie verspielt, wenn nicht mehr gefragt wird: Wohin soll die Reise gehen?